**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/9948**
**14. Wahlperiode** 12. 09. 2002

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ina Albowitz, Paul K. Friedhoff, Hans-Michael Goldmann, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP**

## Handlungsfähigkeit deutscher Außenpolitik wiederherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ein Jahr nach den Anschlägen von New York und Washington ist die Gemeinschaft zivilisierter Staaten noch weit von ihrem Ziel der Überwindung des globalen Terrorismus entfernt. Es ist daher unerlässlich, dieser massiven Bedrohung unserer Freiheit und unserer Werteordnung auch weiterhin entschlossen entgegenzutreten. Gerade wir Deutschen sind vor dem Hintergrund unserer Geschichte besonders gefordert, aktiv daran mitzuwirken, die Menschheit von der Terrorgeisel zu befreien. Es geht um die Zukunftsfähigkeit der freien Welt. Dabei gilt insbesondere für die Androhung und Durchführung von militärischen Zwangsmaßnahmen das Primat des Völkerrechts und das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen.

Saddam Hussein hat in der Vergangenheit gezeigt, dass er nicht davor zurückschreckt, biologische und chemische Massenvernichtungswaffen sogar gegen seine eigenen Landsleute anzuwenden. Mit seiner Ankündigung, sie auch gegen Israel einsetzen zu wollen, bedroht er die Lebensfähigkeit des israelischen Volkes. Er ist damit eine ernste Gefahr für den Weltfrieden, der entschlossen entgegentreten werden muss. Nicht jedoch nationale Alleingänge, sondern nur abgestimmte, multilaterale Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen sind geeignete Mittel der internationalen Konfliktlösung. Eine Lehre des 11. September 2001 ist, dass sich die Staatengemeinschaft den neuen Gefahren für Frieden und Sicherheit gemeinsam stellen muss. Dass die Vereinten Nationen und der Sicherheitsrat bereit und in der Lage sind, die neuen Herausforderungen anzunehmen, haben sie unter Beweis gestellt. Die Vereinten Nationen sind heute als zentrales weltinnenpolitisches Instrument alternativlos. Sie dürfen weder durch amerikanische Alleingänge noch durch deutsche Sonderwege geschwächt werden. Der deutsche Weg muss immer auch der europäische, der transatlantische und der Weg der Völkergemeinschaft sein.

Durch die kategorische Ablehnung von Zwangsmaßnahmen gegen das Regime von Saddam Hussein und ihre öffentliche Ankündigung, diesbezügliche UNO-Beschlüsse nicht mittragen zu wollen, schadet die Bundesregierung nicht nur

den Vereinten Nationen, den transatlantischen Beziehungen und dem Zusammenhalt der EU. Sie wird auch zum Kronzeugen derjenigen Stimmen in der islamischen Welt, die dem Westen Aggressivität unterstellen. Sie beeinträchtigt somit massiv die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands und schadet deutschen Interessen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die Handlungsfähigkeit der deutschen Außenpolitik wiederherzustellen und in der Irak-Frage die Politik des deutschen Weges unverzüglich durch eine Politik bi- und multilateraler Konsultationen mit dem Ziel zu ersetzen, die internationale Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus aufrechtzuerhalten;
2. in diesem Rahmen eine Initiative zur Einberufung einer Gipfelkonferenz aller an der Operation „Enduring Freedom“ beteiligten Staaten der internationalen Koalition gegen den Terrorismus einschließlich der fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates mit dem Ziel zu ergreifen, entstandene Missverständnisse und Irritationen auszuräumen und ein gemeinsames Konzept zur Eindämmung des globalen Terrorismus sowie der vom Irak ausgehenden Bedrohung zu erarbeiten. Dabei wird es vorrangige Aufgabe der Konferenz sein, die Regierung der Vereinigten Staaten in den multilateralen Konsens einzubinden und so die Handlungsfähigkeit der Koalition aufrechtzuerhalten. Kern des Irak-Konzeptes sollte eine gemeinsame Position für ein vom Weltsicherheitsrat zu erlassendes Mandat zur Fortsetzung der UNO-Waffeninspektionen sein;
3. in diesem Zusammenhang sicherzustellen, dass das Primat des Völkerrechts und das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen gewährleistet bleibt;
4. im Verbund mit den europäischen Partnern gegenüber der zurzeit in New York tagenden Generalversammlung der Vereinten Nationen die Initiative zur Verabschiedung einer Resolution der Generalversammlung zu ergreifen, mit der der Irak unter Androhung des Ausschlusses aus der Völkergemeinschaft nach Artikel 6 der UNO-Charta aufgefordert wird, seinen sich aus der Charta ergebenden Verpflichtungen nachzukommen und den vom Sicherheitsrat angeordneten Maßnahmen Folge zu leisten;
5. im Zusammenhang mit der bevorstehenden Übernahme eines nicht ständigen Sitzes im Sicherheitsrat eine Initiative zur beschleunigten Beschlussfassung einer umfassenden VN-Antiterrorkonvention in Anlehnung an das von Indien auf der 57. Generalversammlung vorgelegte Modell zu ergreifen.

Berlin, den 11. September 2002

**Dr. Helmut Haussmann**
**Ina Albowitz**
**Paul K. Friedhoff**
**Hans-Michael Goldmann**
**Ulrich Heinrich**
**Walter Hirche**
**Birgit Homburger**
**Dr. Werner Hoyer**
**Ulrich Irmer**
**Gudrun Kopp**
**Jürgen Koppelin**
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**
**Ina Lenke**
**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**
**Dirk Niebel**
**Günther Friedrich Nolting**
**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**
**Detlef Parr**
**Dr. Edzard Schmidt-Jortzig**
**Dr. Hermann Otto Solms**
**Dr. Max Stadler**
**Carl-Ludwig Thiele**
**Dr. Dieter Thomae**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333